

Birkel, Christoph

Article

Einkommensungleichheit und Umverteilung in Westdeutschland, Großbritannien und Schweden 1950 bis 2000

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Birkel, Christoph (2006) : Einkommensungleichheit und Umverteilung in Westdeutschland, Großbritannien und Schweden 1950 bis 2000, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, ISSN 1861-1559, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 75, Iss. 1, pp. 174-194, <http://dx.doi.org/10.3790/vjh.75.1.174>

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/99425>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Einkommensungleichheit und Umverteilung in Westdeutschland, Großbritannien und Schweden 1950 bis 2000

Von Christoph Birkel*

Zusammenfassung: Die langfristige Entwicklung der Einkommensverteilung und der Verteilungswirkung von Transfers in Westdeutschland, dem Vereinigten Königreich und Schweden als Exponenten unterschiedlicher wohlfahrtsstaatlicher Regime wird anhand von Daten aus nationalen Quellen und der Luxembourg Income Study (LIS) dargestellt. Der vielfach dokumentierte „U-Turn“ findet sich in allen drei Ländern auch bei Kontrolle von Kompositionseffekten. Ebenso werden die Befunde für Niveauunterschiede und Entwicklungstendenzen bei der Umverteilungswirkung nicht erheblich durch Unterschiede beziehungsweise Veränderungen in der demographischen Struktur beeinflusst, treten bei deren Kontrolle aber deutlicher hervor. Die vorliegende Evidenz bezüglich der Umverteilungseffizienz unterstützt überwiegend Korpi und Palmes These des „Umverteilungsparadoxes“. Die Befunde werden im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung von Einkommensungleichheit und Umverteilungspolitik diskutiert.

Summary: Based on national sources and data from the Luxembourg Income Study (LIS), a description of the long-term development of the income distribution and redistribution in three countries representing distinct welfare regimes (West Germany, the United Kingdom, and Sweden) is given. The frequently documented „U-turn“ is identified in all three countries, even when the composition of the population is kept constant. The findings regarding differences in levels as well as trends in distributional effects of transfers are not affected by differences or changes in the demographic structure, too, but show up more clearly if those are controlled for. The evidence regarding redistributive efficiency predominantly supports Korpi and Palme's thesis of the „paradox of redistribution“. The findings are discussed with respect to the future development of income inequality and redistributive policies.

1 Einleitung¹

Für die westlichen Industrieländer ist eine U-förmige Entwicklung der Einkommensverteilung vielfach dokumentiert worden: Bis ca. 1980 ging die Einkommensspreizung in der Regel zurück, um seither wieder zuzunehmen (vgl. z.B. Alderson und Nielsen 2003, Gottschalk und Smeeding 2000). Dabei gibt es in der Ausprägung dieses Grundmusters wie in den Niveaus der Ungleichheit deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen Ländern.

* Institut für Soziologie, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, E-Mail: christoph.birkel@soziologie.uni-halle.de

¹ Der vorliegende Beitrag entstand im Rahmen des Projektes „Sozialer Wandel und Gewaltkriminalität. Deutschland, England und Schweden im Vergleich, ca.1950–2000“, das von Prof. Dr. Helmut Thome geleitet und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung als Teil des Forschungsverbundes „Desintegrationsprozesse“ gefördert wurde. Der Text beruht teilweise auf Birkel (2004). Der Autor dankt Helmut Thome und einem anonymen Gutachter für nützliche Kommentare.

Im vorliegenden Beitrag wird die Frage behandelt, in welchem Maße diese Differenzen mit der Variation von Sozialpolitiken zusammenhängen. Dabei ist auch eine Reihe anderer Einflussfaktoren (wie die Globalisierung oder Arbeitsmarktinstitutionen) in Rechnung zu stellen (für einen Überblick siehe Gustafsson und Johansson 1999). Daneben könnten jedoch auch Unterschiede in der demographischen Zusammensetzung der Bevölkerung für die beobachteten Differenzen verantwortlich sein. Eine *erste* Zielsetzung des Beitrages ist es, dieser Überlegung auf dem Wege einer Analyse der Entwicklung in drei Ländern, die unterschiedliche Typen von Wohlfahrtsstaatlichkeit repräsentieren, nachzugehen: die Bundesrepublik Deutschland, das Vereinigte Königreich und Schweden.² Zu diesem Zweck wird zunächst die langfristige Entwicklung der Einkommensverteilung dargestellt. Über den vorhandenen Erkenntnisstand hinausführen soll der zweite Analyseschritt, in dem geprüft wird, ob nach Konstanthalten der demographischen Strukturen Differenzen in Niveau *und* langfristiger Entwicklung der Einkommensspreizung verbleiben, welche durch wohlfahrtsstaatliche Politiken oder andere Faktoren zu erklären sind. Um zu einer genaueren Abschätzung des Einflusses der Transfersysteme zu gelangen, wird anschließend deren Wirkung auf die Einkommensverteilung verglichen, wobei auch hier Unterschiede der Bevölkerungsstruktur kontrolliert werden.

Angesichts der knapper werdenden öffentlichen Mittel gewinnt neben der Effektivität (im Sinne des Umfangs des erzielten Umverteilungseffektes) die Frage der *Effizienz* (im Sinne der pro umverteilter Geldeinheit erzielten redistributiven Wirkung) von Transfers an Bedeutung, und damit auch diejenige, ob es ein Trade-off zwischen Umverteilungseffizienz und Umverteilungswirkung gibt (so Korpi und Palme 1998). Eine *zweite* Zielsetzung der Untersuchung ist es, einer Klärung letzterer Frage näher zu kommen, indem neue Maße für die Umverteilungseffizienz vorgelegt und auf die in der Literatur verfügbare Evidenz bezogen werden.

Im abschließenden Teil werden die Befunde im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung von Einkommensungleichheit und Umverteilungspolitik diskutiert.

2 Die Entwicklung von Einkommensungleichheit und Umverteilung in Westdeutschland, dem Vereinigten Königreich und Schweden

2.1 Wohlfahrtsstaatliche Regime und Einkommensungleichheit

Zunächst sei kurz erläutert, welche Verteilungswirkungen von unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Regimen zu erwarten sind. Entsprechende Hypothesen lassen sich der Typologie von Esping-Andersen (Esping-Andersen 1990) entnehmen. Esping-Andersen unterscheidet idealtypisch drei wohlfahrtsstaatliche „Regimetypen“: *Liberale Wohlfahrtsstaaten*, in denen Programme mit bescheidenen Leistungen dominieren. Das Spektrum der abgedeckten Kontingenzen und der abgesicherte Personenkreis sind klein, es herrschen bedarfsgeprüfte und/oder universalistische – also alle Staatsbürger erfassende – Programme mit Grundsicherungscharakter vor. Zu erwarten ist ein mäßiger Umverteilungseffekt von Transfers. *Konservative Wohlfahrtsstaaten*, bei denen (z. T. durchaus generöse) Leis-

² Bezüglich Deutschlands beschränkt sich die Analyse auf die Entwicklung in Westdeutschland, da sich die zugrunde liegenden inhaltlichen Überlegungen ausschließlich auf demokratisch verfasste westliche Gesellschaften mit einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, nicht aber auf staatssozialistische Systeme und Transformationsgesellschaften beziehen.

tungen vor allem in Abhängigkeit von der Erwerbsbiographie gewährt und Statusdifferenzen aufrechterhalten werden. Es existiert eine Vielzahl unterschiedlicher Programme für spezifische Berufs- und Statusgruppen. Die Bandweite der abgesicherten Risiken und der erfasste Personenkreis sind hoch. Der Umverteilungseffekt von Transfers ist „negligible“ (ebd.: 27). Schließlich *sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten*, bei denen großzügige, teilweise einkommensbezogene Leistungen gewährt werden und universalistische Programme dominieren; das Spektrum der abgedeckten Risiken ist umfassend. In sozialdemokratischen Regimen ist die Umverteilungswirkung von Transfers hoch.

Üblicherweise werden die untersuchten Länder wie folgt in Esping-Andersens Typologie eingeordnet: Deutschland gilt als ein „konservativer Wohlfahrtsstaat“, Großbritannien als ein „liberales“ System und Schweden als „sozialdemokratischer“ Wohlfahrtsstaat. Dementsprechend ist für Deutschland die niedrigste, für Schweden die höchste Umverteilungswirkung zu erwarten, während Großbritannien eine Mittelposition einnehmen sollte. Auf Basis der zu erwartenden Umverteilungseffekte allein lassen sich noch keine Annahmen bezüglich der Spreizung der verfügbaren Einkommen formulieren, die stark von derjenigen der Markteinkommen abhängt und damit auch von einer Reihe anderer Faktoren (Arbeitsmarktinstitutionen etc.) beeinflusst wird. Andererseits stehen diese z. T. in engem Zusammenhang mit dem wohlfahrtsstaatlichen Regimetypus, der sich neben den Charakteristika der Sozialsysteme auch in der Gestalt anderer polit-ökonomischer Institutionen niederschlägt (Huber und Stephens 2001: 85ff.). Insbesondere besteht eine enge Korrespondenz zwischen Regimetyp und Arbeitsmarktinstitutionen: Gesellschaften mit liberalem Wohlfahrtsregime weisen in der Regel wenig regulierte Arbeitsbeziehungen mit geringem gewerkschaftlichen Organisationsgrad, wenig Abstimmung zwischen Gewerkschaften und dezentralisierte Tarifverhandlungen auf, die zusammen eine hohe Lohnspreizung bewirken. Sozialdemokratische Regime gehen dagegen oft mit hoher Gewerkschaftsdichte, Koordination zwischen Gewerkschaften und zentralisierten Lohnverhandlungen einher, welche die Streuung der Markteinkommen begrenzen. Länder mit konservativen Regimen weisen bezüglich dieser Faktoren kein klares Muster auf; speziell Deutschland ähnelt hier aber Schweden (Esping-Andersen 1999: 19–21). Insofern ist für Deutschland (D) und Schweden (S) eine geringe, für Großbritannien (UK) eine hohe Ungleichheit der Markteinkommen zu erwarten; zu welcher Spreizung der verfügbaren Einkommen sich diese jeweils mit einer vernachlässigbaren (D), starken (S) und mäßigen (UK) Umverteilungswirkung von Transfers kombinieren sollte, ist schwer einzuschätzen, abgesehen davon, dass sie in sozialdemokratischen Systemen (hier: Schweden) am niedrigsten sein sollte.

2.2 Die Entwicklung der Einkommensverteilung und Umverteilung

2.2.1 Die langfristige Entwicklung der personellen Einkommensverteilung

2.2.1.1 Die Datengrundlage

Die folgende Darstellung stützt sich auf zweierlei Art von Daten (Tabellen A1a–A1c im Anhang). Zum einen werden veröffentlichte Datenreihen mit Maßen für die Einkommensstreuung reanalysiert, bei denen sich die zugrunde liegenden Daten in Bezug auf Datentyp, Einkommenskonzept, Einkommenseinheit, Äquivalenzgewichtung etc. unterscheiden

und somit nur eingeschränkt vergleichbar sind (für eine genauere Beschreibung siehe Birkel 2004). Ihr Vorzug liegt darin, dass sie zeitlich sehr weit zurückreichen. Ergänzt wird diese Sekundäranalyse durch die Auswertung harmonisierter Primärdaten aus der Luxembourg Income Study (LIS), die eine höhere Vergleichbarkeit besitzen (vgl. Luxembourg Income Study (LIS) 2004, Atkinson, Rainwater und Smeeding 1995, Smeeding 2002). Eine Äquivalenzgewichtung erfolgte hier durch Division des Haushaltseinkommens durch die Quadratwurzel der Anzahl der Haushaltsmitglieder. Dieses Äquivalenzgewicht hat ähnliche Eigenschaften wie die gebräuchlichsten anderen Äquivalenzskalen (Figini 1998); aufgrund seiner weiten Verbreitung erleichtert seine Verwendung den Vergleich mit anderen Studien. Es wurden zudem an den Rändern der Einkommensverteilung die von LIS empfohlenen Abschneidegrenzen von einem Prozent des äquivalenzgewichteten mittleren Einkommens beziehungsweise dem Zehnfachen des Medians des ungewichteten Einkommens angewendet.

2.2.1.2 Ungleichheitsmaße

Da nur für dieses Maß entsprechende Reihen in allen Quellen enthalten sind, wird überwiegend der Gini-Index herangezogen, der einen Wert von null bei gleicher Verteilung der Einkommen und eins bei absoluter Ungleichheit (eine Person verfügt über das gesamte Einkommen) erreicht. Dieser Koeffizient ist sensibel insbesondere gegenüber Veränderungen in der Mitte der Verteilung, nicht aber bezüglich von Änderungen an ihren Rändern. Ergänzend wird daher auch der Atkinson-Index mit dem auf den Wert eins gesetzten Ungleichheits-Aversions-Parameter präsentiert; dieses Maß nimmt ebenfalls Werte zwischen null und eins an und ist empfindlicher gegenüber Veränderungen im unteren Bereich der Einkommensverteilung (Mitchell 1991: 108 ff., Becker und Hauser 2003: 61 f.).

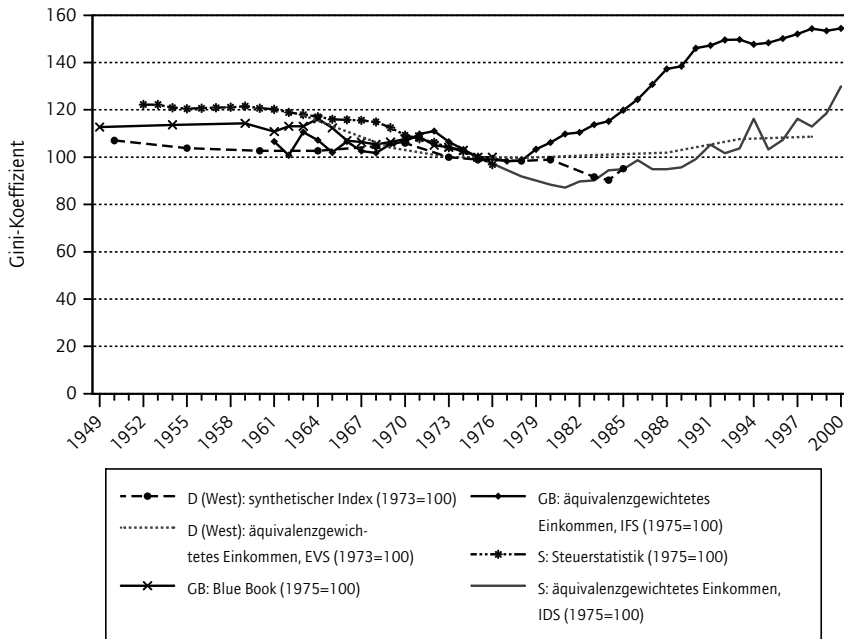
2.2.1.3 Befunde

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Einkommensverteilung, gemessen mit dem Gini-Index, in den drei Ländern im Vergleich (die Werte der Jahre 1973 beziehungsweise 1975 wurden wegen der eingeschränkten querschnittlichen Vergleichbarkeit gleich hundert gesetzt). Großbritannien zeigt die größte Variation über den Beobachtungszeitraum, mit dem stärksten Anstieg der Einkommensungleichheit seit Ende der 70er Jahre nach vorhergegangener Stabilität und einem leichten Rückgang Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre. Es folgt Schweden mit bis Anfang der 80er Jahre am stärksten abnehmender Ungleichheit und anschließend zunächst leichtem, seit Mitte der 90er Jahre stärkerem Anstieg, der aber mit insgesamt 43 % gegenüber 1981 geringer ist als derjenige in Großbritannien.³ Deutschland zeigt eine relative Stabilität der Einkommensverteilung seit den 70er Jahren nach vorherigem, im Vergleich zu den anderen Ländern aber geringstem Rückgang der Ungleichheit, wobei auch hier die späten 70er Jahre den Zeitpunkt mit der höchsten Einkommensungleichheit darstellten.

³ Auch Björklund und Palme (2000) stellen für die Jahre 1951 bis 1973 eine stark abnehmende Ungleichheit der Einkommensverteilung auf der Ebene der steuerpflichtigen Familieneinkommen der aktiven Bevölkerung vor Steuern und Transfers fest. Lediglich bei der Wahl von Veränderungen im untersten Einkommensbereich sehr sensiblen Maßen war das Bild weniger eindeutig; da aber – wie die Autoren zeigen – die Qualität der Messung niedriger Einkommen bei den von ihnen verwendeten Daten gering war, ist den abweichenden Befunden wenig Bedeutung beizumessen.

Abbildung 1

Entwicklung der Einkommensungleichheit in Westdeutschland, dem Vereinigten Königreich und Schweden, ca.1950–2000



Quellen: Guger (1989: 3), Hauser und Becker (2001: 89, 91), Hauser und Becker (1998: 129), IFS, Royal Commission on the Distribution of Income and Wealth (1979: 167), Spänt (o.J.: 53), SCB (2002: 56); vgl. auch Tabellen A1a–A1c im Anhang.

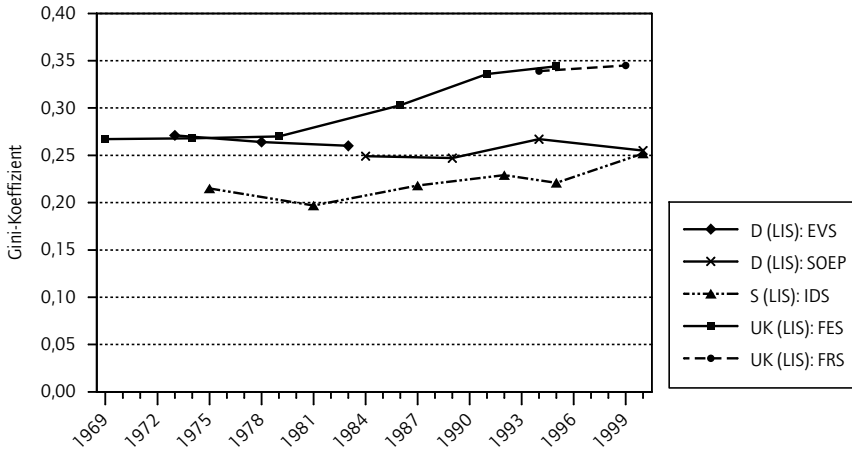
Ein etwas anderes Bild ergibt sich aber, wenn man die Daten der Luxembourg Income Study (LIS) heranzieht (Abbildung 2): Für Großbritannien bleibt zwar das Bild eines starken Anstiegs in den 80er und frühen 90er Jahren erhalten, die Zunahme in Schweden wirkt nun aber wesentlich schwächer, und für Deutschland ist langfristig kaum ein Anstieg festzustellen.⁴ Wie weiter zu erkennen ist, hatte die Verteilung des verfügbaren Einkommens im Vereinigten Königreich zunächst eine ähnliche Spreizung wie in Westdeutschland, liegt nach dem Anstieg in den 80er Jahren aber nun deutlich über derjenigen der anderen Länder. Schweden weist durchgängig die geringste Ungleichheit der Einkommen auf; diese hat sich aber inzwischen dem stabilen deutschen Niveau angenähert.

Bei Betrachtung der Entwicklung des im unteren Bereich der Verteilung sensiblen Atkinson-Maßes ergibt sich kein grundsätzlich anderes Bild, aber es zeigen sich stärkere Veränderungen (Abbildung 3); dies weist darauf hin, dass hinter dem Anstieg der Ein-

⁴ Um auszuloten, ob das Bild der langfristigen Entwicklung von der Wahl der Äquivalenzskala abhängig ist, wurde der Gini-Index auch für das ungewichtete Haushaltseinkommen und mit gleichem Gewicht für alle Haushaltsmitglieder berechnet (also den Grenzen des Spektrums möglicher Gewichtungen). Tatsächlich zeigt sich eine gewisse Empfindlichkeit der Befunde, insofern z.B. in Großbritannien ohne Äquivalenzgewichtung der Koeffizient durchgehend gestiegen wäre, während mit einer gleichen Gewichtung aller Haushaltsmitglieder die Werte noch bis Ende der 70er Jahre sinken. Für den Zeitraum danach und für die beiden anderen Länder ergibt sich aber eine weitgehende Übereinstimmung.

Abbildung 2

Entwicklung der Ungleichheit der verfügbaren Einkommen in Westdeutschland, dem Vereinigten Königreich und Schweden (Daten der Luxembourg Income Study): Gini-Koeffizient



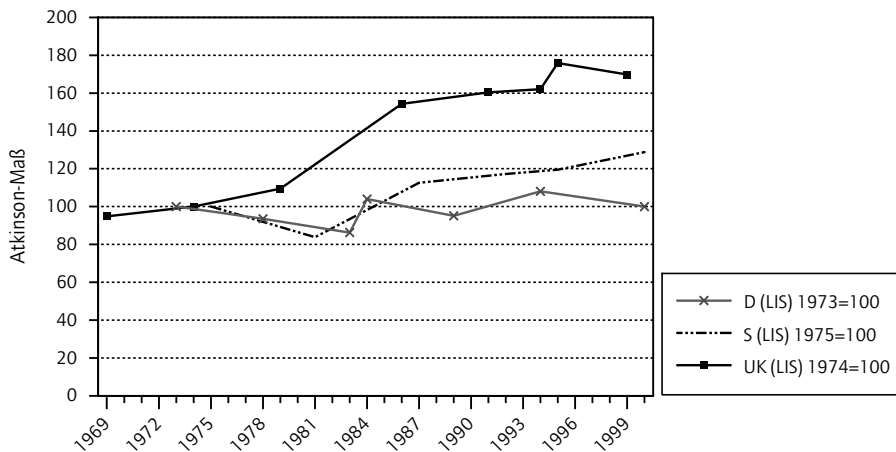
Quelle: LIS Key Figures (Abruf am 11.3. 2004); vgl. auch Tabellen A1a–A1c im Anhang.

kommensungleichheit ein Sinken des Anteils der unteren Perzentile am verfügbaren Einkommen steht. Eine Analyse der Veränderung der Dezilsanteile zeigt, dass, genauer gesagt, deutliche Bewegungen an den Rändern der Verteilung stattgefunden haben: Die

Abbildung 3

Die Entwicklung der Einkommensungleichheit in Deutschland, dem Vereinigten Königreich und Schweden im Vergleich

1969–2000 (LIS-Daten, Atkinson-Maß, Epsilon=1)



Quelle: LIS Key Figures (Abruf am 4.1. 2006); vgl. auch Tabellen A1a–A1c im Anhang.

obersten Dezile haben im Vereinigten Königreich und Schweden ihren Anteil am verfügbaren Einkommen vergrößert, während die unteren Dezile mit einem geringeren Anteil auskommen müssen; dies ist primär eine Folge differentieller Zuwächse der Realeinkommen, im Falle des untersten Dezils sogar eines Rückgangs des mittleren Realeinkommens (Birkel 2004: 16 f., 20 und 64–67).

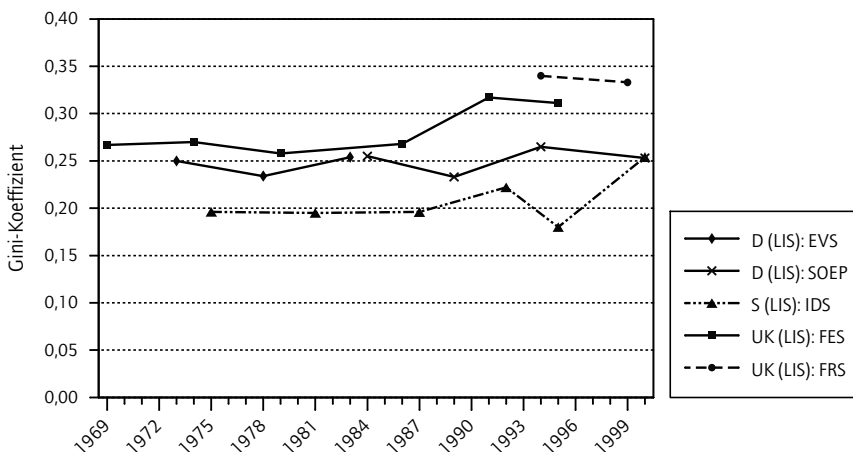
Die LIS-Daten ergeben also für alle Länder niedrigere Anstiege der Einkommensungleichheit als die nationalen Quellen; insgesamt betrachtet weist jedoch alles auf einen durch ein Auseinanderdriften der Ränder der Verteilung vorangetriebenen langfristigen Anstieg der Einkommensungleichheit seit den 80er Jahren in allen drei Ländern hin, nach einem vorherigen Rückgang. Diese Zunahme war in Großbritannien eindeutig am stärksten, in Westdeutschland dagegen sehr gering. Beim Vergleich der absoluten Werte zeigt sich, dass sich in den Jahren bis 1980 die *Niveaus* des Vereinigten Königreichs und Westdeutschlands noch stark ähnelten, in der zweiten Periode aber das erstgenannte Land deutlich die größte Ungleichheit aufwies. Schweden zeichnet sich durchgängig durch die niedrigste Ungleichheit aus.

2.2.1.4 Der Einfluss demographischen Wandels

Ein Ziel des Beitrages ist es, den Effekt unterschiedlicher Wohlfahrtsregime auf die Verteilung der verfügbaren Einkommen abzuschätzen. Differenzen in der Einkommensverteilung können jedoch auch auf Unterschieden in der Zusammensetzung der Haushaltspopulationen beruhen (Kangas und Ritakallio 1999, Jenkins 1995). Daher wurden die Ungleichheitsmaße auch unter Konstanthalten der Bevölkerungsstruktur durch Umgewichtung der einzelnen Haushalte berechnet (für eine genauere Beschreibung der Vorgehensweise vgl. Birkel 2004). Abbildung 4 zeigt die Entwicklung des Gini-Koeffizienten bei

Abbildung 4

Entwicklung des Gini-Koeffizienten für das verfügbare Einkommen bei einer Bevölkerungsstruktur wie im Vereinigten Königreich 1969



Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten der LIS; vgl. auch Tabellen A1a–A1c im Anhang.

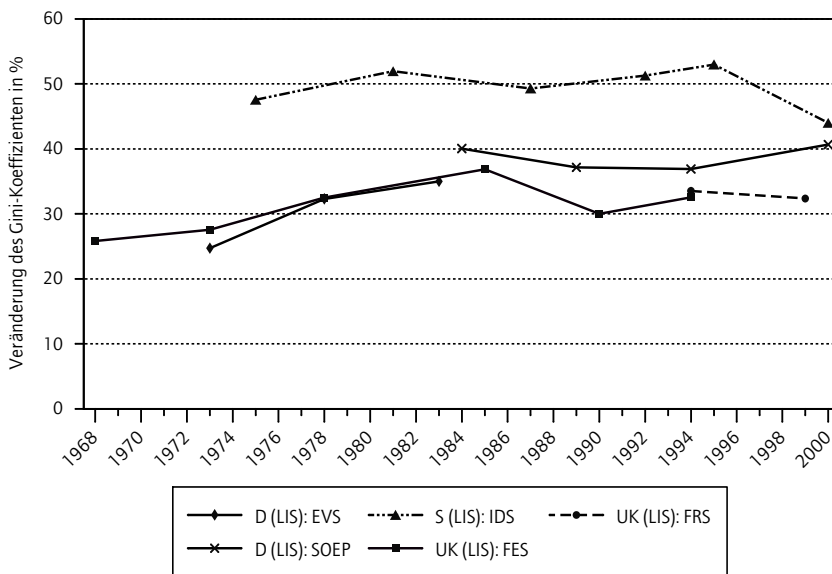
Zugrundelegung einer Bevölkerungsstruktur wie im Vereinigten Königreich 1969. Wie der Vergleich mit Abbildung 2 zeigt, ist die höhere Einkommensungleichheit im Referenzland nicht einfach auf eine ungünstigere Bevölkerungsstruktur zurückzuführen: Tatsächlich wäre das Niveau der Einkommensungleichheit in Deutschland und Schweden bei einer ähnlichen Zusammensetzung der Haushalte (im Hinblick auf Typ, Anzahl der Personen mit Markteinkommen, Alter des Haushaltsvorstandes, Anzahl der Personen sowie Anzahl der Kinder) wie im Vereinigten Königreich 1969 noch etwas niedriger gewesen. Allerdings wäre der Anstieg der Gini-Indizes in Großbritannien bei einer konstanten Bevölkerungsstruktur deutlich schwächer, gleichwohl nach wie vor am stärksten ausgefallen (in Schweden hätte die Zunahme der Einkommensspreizung zudem später eingesetzt). Demographische Faktoren spielen also bei der Variation der Einkommensspreizung zwischen Ländern und über die Zeit zwar eine nichttriviale Rolle, erklären diese aber keineswegs vollständig – es verbleibt noch viel Variation, die durch andere Faktoren zu erklären ist.

2.2.1.5 Die Umverteilungswirkung von Steuern und Transfers

Erste Hinweise auf die Umverteilungswirkung von Steuern und Transfers sind Abbildung 5 zu entnehmen; sie zeigt die Entwicklung der prozentualen Differenz der Gini-Koeffizienten für Markteinkommen und verfügbares Einkommen nach der LIS – diese Differenz entspricht der gesamten Umverteilungswirkung von Steuern und Transfers (einschließlich privater Transfers, wobei deren Bedeutung allerdings gering ist). Wie zu erkennen ist, hat in allen drei Ländern die Reduktion der Einkommensungleichheit bis in

Abbildung 5

Proportionale Differenz der Gini-Indizes für Markt- und verfügbares Einkommen



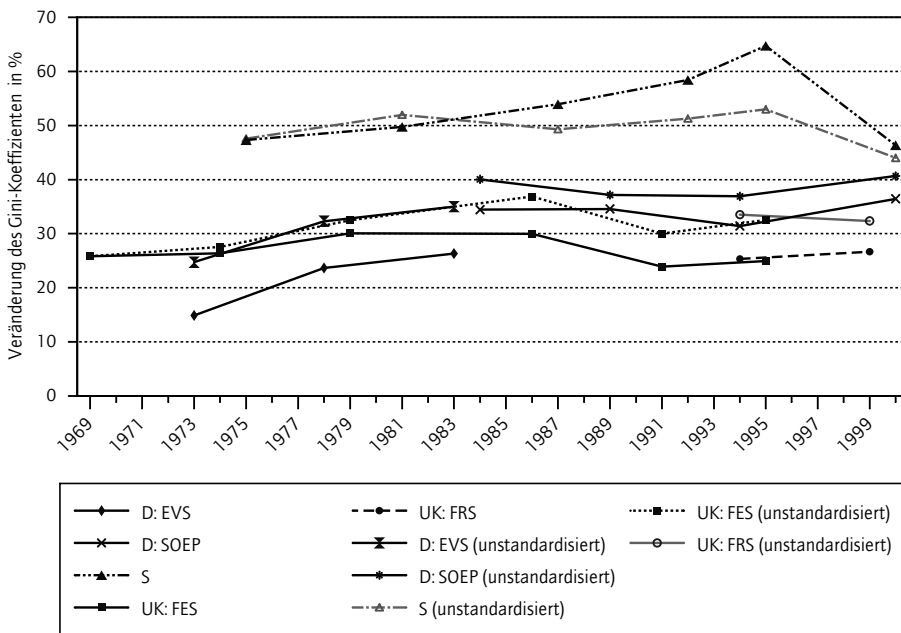
Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten der LIS; vgl. auch Tabellen A1a–A1c im Anhang.

die 80er Jahre zugenommen. Danach blieb sie in Deutschland relativ stabil (mit einem temporären Rückgang), sank in England bereits in den 80er Jahren deutlich, in Schweden dagegen erst etwa zehn Jahre später. Schweden ist das einzige Land, in dem der Umverteilungseffekt unter demjenigen zu Beginn der Reihe liegt. Durch die Abnahme der Umverteilungsintensität wurden bereits früher erfolgte Anstiege der Ungleichheit der Markteinkommen verzögert in eine solche der verfügbaren Einkommen umgesetzt (Birkel 2004: 23–26). Dabei war die Verteilungswirkung der Steuern und Transfers in Großbritannien bis Mitte der 80er Jahre mit der des deutschen Systems vergleichbar, sank dann aber deutlich. Die Verteilungswirkung des schwedischen Systems war durchgehend die höchste, näherte sich aber Ende der 90er Jahre derjenigen in Westdeutschland an.

Bei den bisherigen Vergleichen wurde nicht berücksichtigt, dass die Verteilungswirkung von Steuer- und Sozialsystemen durch die demographische Zusammensetzung der Bevölkerung konditioniert wird (Gardiner 1997: 48 f.). Es wurden daher auch die Verläufe der Umverteilungswirkung berechnet, welche sich bei einer demographischen Struktur der Bevölkerung wie im Vereinigten Königreich (dem Land mit der geringsten Umverteilungswirkung) im Jahre 1969 ergeben hätten (Abbildung 6). Für Westdeutschland würde sich ein niedrigeres Niveau der Reduktion des Gini-Koeffizienten ergeben – nach den Daten der EVS läge es sogar unter dem britischen; der Verlauf bliebe bei einer deutlich größeren Dynamik jedoch ähnlich. Für Schweden hätte sich dagegen bis Mitte der 90er Jahre ein gegenüber den unstandardisierten Werten deutlich höherer Anstieg der Umverteilungs-

Abbildung 6

Reduktion des Gini-Koeffizienten durch Transfers und Steuern bei Konstanthalten der demographischen Struktur (Basisjahr UK 1969)



Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten der LIS; vgl. auch Tabellen A1a–A1c im Anhang.

wirkung ergeben, gefolgt von einem starken Abfall, der die Zunahme bis Mitte der 90er Jahre übertraf; Schweden bleibt jedoch das Land mit der größten Umverteilungswirkung. Die hohe Umverteilungswirkung des schwedischen Systems ist also nicht einfach auf eine günstigere Bevölkerungsstruktur zurückzuführen. Die angeführten Befunde und die Rangplätze der Länder bleiben auch bei Heranziehung unterschiedlicher Standardbevölkerungen erhalten.

Zu berücksichtigen ist auch, dass für die primäre Einkommensverteilung relevante Verhaltensweisen selbst von Umverteilungspolitikern beeinflusst werden (Björklund 1998: 46). Dies ist vor allem im Hinblick auf die Altersvorsorge zu bedenken: Ohne öffentliche Rentenversicherung – deren Renten als Transfers verbucht werden – wären aufgrund der höheren Bezüge aus privaten Pensionen die Markteinkommen höher und wegen der geringeren Differenz von Markt- und verfügbarem Einkommen die Umverteilungswirkung von Transfers niedriger. Dieser Effekt ist neutralisiert, wenn man die Umverteilungswirkung nur für die aktive Bevölkerung betrachtet. Nach den Ergebnissen von Mahler und Jesuit (2004) ist der Umverteilungseffekt für die Einkommen der *aktiven* Bevölkerung zwar erheblich niedriger als für die Gesamtbevölkerung. Im Vergleich bleibt jedoch Schweden das Land mit der stärksten Umverteilungswirkung, das Vereinigte Königreich liegt nun etwas vor Deutschland.

Mit einzubeziehen ist schließlich noch der Verteilungseffekt von öffentlichen sozialen Dienstleistungen. Nach den Ergebnissen von Mahler und Jesuit (2004) sowie Garfinkel, Rainwater und Smeeding (2004) schrumpfen nach Berücksichtigung dieses Faktors zwar die Niveauunterschiede zwischen den Ländern, ohne jedoch zu verschwinden, das heißt, Schweden behält seine Spitzenposition bei.

Insgesamt spricht die vorliegende Evidenz also dafür, dass das schwedische Transfersystem erwartungsgemäß die höchste Umverteilungswirkung erzielt, wenn diese auch in den 90er Jahren spürbar nachgelassen hat. Eine klare Rangfolge der Niveaus von Deutschland und dem Vereinigten Königreich ist nicht zu erkennen. Im Zeitverlauf weisen die beiden Länder aber divergierende Entwicklungen auf: nach vorübergehendem Anstieg eine auf verringertem Niveau stabile proportionale Umverteilung im Vereinigten Königreich, in Deutschland nach einem Anstieg und vorübergehender Stabilisierung als einzigem Land kein Rückgang, sondern möglicherweise gegen Ende der untersuchten Periode sogar eine weitere Zunahme.

3 Umverteilung: Effizienz versus Effektivität?

3.1 Die These des „Umverteilungsparadoxes“

Korpi und Palme (1998) zufolge gibt es ein „Umverteilungsparadox“:

„The more we target benefits at the poor and the more concerned we are with creating equality via equal public transfers to all, the less likely we are to reduce poverty and inequality“ (681 f., kursiv im Original).

Somit reiche es, um eine effektive Umverteilungswirkung zu erzielen, nicht aus, eine gegebene Menge an Ressourcen möglichst zielgenau zu verteilen – diese Menge müsse auch

hinreichend groß sein. Das für Transfers verfügbare Volumen hänge aber von Interessendefinitionen und Koalitionsbildungen (insbesondere zwischen Arbeitern und Mittelklassen) unter den Bürgern ab. Diese würden ihrerseits durch die Gestalt wohlfahrtsstaatlicher Institutionen strukturiert: erstens durch die Kriterien, nach denen Risiken und Ressourcen zu „Risikopools“ zusammengeführt und dadurch gemeinsame Interessenlagen geschaffen werden; zweitens durch das Maß, in dem Leistungen an Personen mit niedrigem Einkommen adressiert sind und damit zwar ihre redistributive Wirksamkeit hoch, der Kreis der von ihnen begünstigten (und damit an einer guten Ausstattung dieser Programme interessierten) Personen aber begrenzt ist. Dementsprechend unterscheiden sie nach Grundlage von Leistungsansprüchen und Prinzip der Leistungsbemessung fünf Systemtypen, von denen an dieser Stelle nur die drei interessieren, denen die hier untersuchten Länder zuzuordnen sind, nämlich der *Grundsicherungstyp* (Großbritannien), der *korporatistische Typ* (Deutschland) und der *umfassende Typus* (Schweden).⁵ Bei *Grundsicherungssystemen* werden einheitliche Leistungen („flat-rate benefits“) aufgrund der Staatsbürgerschaft oder (im Falle Großbritanniens) Beiträgen gewährt, also die gesamte Bevölkerung beziehungsweise alle Erwerbstätigen zu einem Risikopool zusammengefasst. Aufgrund des mäßigen Niveaus der Leistungen ist aber der Kreis der Nutznießer auf die unteren Einkommensgruppen begrenzt, während der Rest zur Erhaltung des Lebensstandards auf private Vorsorge verwiesen bleibt. Insofern ist keine Interessenkongruenz von Mittelklassen, Arbeitern und Armen gegeben. Die Bildung von Koalitionen dieser Gruppen zur Durchsetzung hoher Transferbudgets ist daher unwahrscheinlich. Bei *korporatistischen Systemen* werden einkommensbezogene Leistungen auf Grundlage von beruflichem Status und Erwerbstätigkeit gewährt. Hier werden Risiken und Ressourcen entlang beruflicher Statusunterschiede zusammengeführt und die Erwerbstätigen auf viele separate, relativ homogene Risikogruppen verteilt, während die nichterwerbstätige Bevölkerung ausgeschlossen bleibt. Wenn die Leistungen allerdings einkommensbezogen sind, begünstigen derartige Programme auch die Mittelklassen und machen private Vorsorge überflüssig, weshalb die Bildung breiter Interessenkoalitionen zur Unterstützung öffentlicher Programme und daher relativ große Umverteilungsetats möglich sind. *Umfassende Systeme* verbinden einheitliche und einkommensbezogene Leistungen auf Grundlage von Staatsbürgerschaft beziehungsweise Erwerbstätigkeit. Dadurch, dass die gesamte Bevölkerung innerhalb eines institutionellen Rahmens zu einem großen Risikopool zusammengefasst wird und private Vorsorge keine Rolle spielt, entsteht hier die breiteste Basis für Koalitionen von Beziehern niedriger und mittlerer Einkommen und sollten die Umverteilungsbudgets am höchsten sein.

Korpi und Palmes Überlegungen zufolge sollte also die Menge der umzuverteilenden Ressourcen bei den mit den – unter der Annahme, dass Transfers eine umso höhere Wirkung pro Geldeinheit entfalten, je stärker sie auf den unteren Einkommensbereich konzentriert sind – effizientesten Programmen operierenden Transfersystemen am niedrigsten und die effektive Umverteilungswirkung daher mäßig sein, und umgekehrt. Demnach gäbe es ein Trade-off von Effizienz und Effektivität bei Umverteilungspolitikern.

⁵ Ein weiterer Gesichtspunkt war, ob Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Verwaltung der Programme kooperieren. Dieses Merkmal unterscheidet den korporatistischen Typ von allen anderen, ist für Korpi und Palmes Argumentation aber ansonsten nicht von Bedeutung.

3.2 Forschungsstand

Korpi und Palme (1998) präsentieren verschiedene empirische Belege für ihre These. Insbesondere zeigen sie, dass die Umverteilungswirkung von Transfers positiv mit dem Umfang des Umverteilungsbudgets (gemessen als durchschnittlicher Anteil von Transfers am verfügbaren Einkommen), aber negativ mit dem Grad der Konzentration der Sozialleistungen bei den einkommensärmsten Haushalten korreliert. Zudem finden sie unter anderem eine negative Assoziation der Größe des Umverteilungsvolumens und der Konzentration der Transfers.

Die Ergebnisse von Mahler und Jesuit (2004) unterstützen ebenfalls die These des Umverteilungsparadoxes, insofern sie eine negative Assoziation von Budgetgröße und Konzentration von Sozialleistungen sowie eine inverse Beziehung von Konzentration und Umverteilungswirkung finden. Dies gilt auch für die Studie von Mitchell (1991), in der u.a. ein (allerdings nur schwacher) inverser Zusammenhang der Umverteilungswirkung mit der Konzentration von Transfers, sowie ein deutlicher positiver mit dem Ausmaß an Rangplatzvertauschungen der relativen Einkommensposition vor und nach Transfers (was auch als eine Ineffizienz gewertet werden kann) ermittelt wird (ebd.: 149). Allerdings ergibt sich eine unerwartete Abfolge der hier untersuchten Länder bei Verwendung eines Effizienzmaßes, welches das Transfervolumen (gemessen als durchschnittlicher prozentualer Anteil von Transfers am verfügbaren Einkommen) auf die Reduktion des Gini-Koeffizienten durch Sozialleistungen bezieht: Deutschland führt hier (mit 1,6 %) vor dem Vereinigten Königreich (1,2 %) und Schweden (1,1 %) (ebd.: 138).

Die vorliegenden Befunde bestätigen also überwiegend die These des „Umverteilungsparadoxes“. Interessant wäre es aber auch zu wissen, ob die Entwicklung der wohlfahrtsstaatlichen Systeme mit ihr übereinstimmt. Daher werden im nächsten Abschnitt für die hier untersuchten Länder weiter zurückreichende Reihen mit anderen Maßen für die Umverteilungseffizienz vorgelegt.

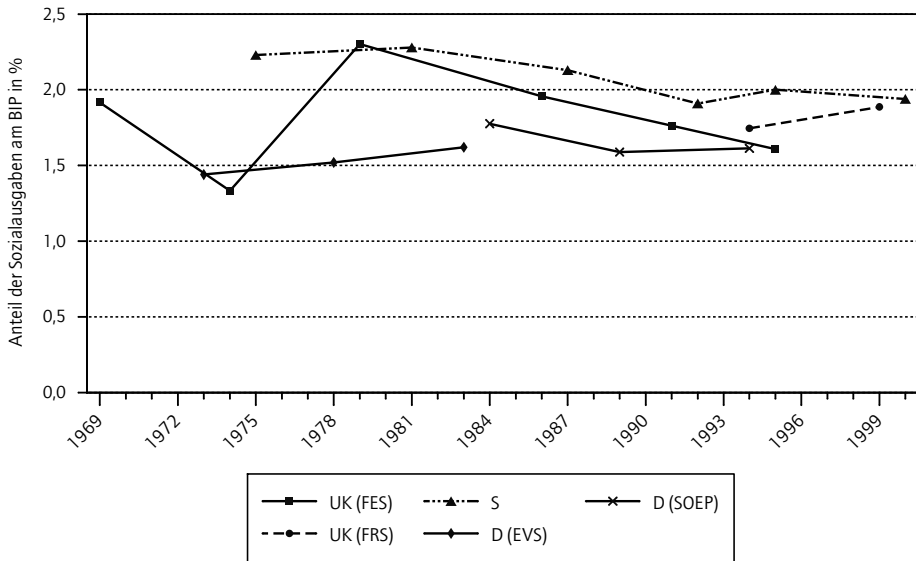
3.3 Evidenzen zur Umverteilungseffizienz in Deutschland, Großbritannien und Schweden

Aufgrund von Korpi und Palmes Einordnung der untersuchten Länder erwartet man die größte Umverteilungseffizienz für das Vereinigte Königreich, gefolgt von Schweden und Westdeutschland. Die gleiche Rangfolge (aber mit geringerem Abstand Schwedens zu Großbritannien) ist auch auf Basis von Esping-Andersens (1990: 69, 75) Wohlfahrtsstaattypologie zu vermuten: Ihr zufolge sind (a) universalistische Programme mit recht einheitlichem Leistungsniveau das Markenzeichen des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates, (b) überwiegend einkommensbezogene mit stark unterschiedlichen Leistungen hingegen dasjenige des „konservativen“ Typs, während (c) eine hohe Bedeutung bedarfsgeprüfter Programme den „liberalen“ Typus auszeichnet. Im Zeitverlauf sollte die Effizienz zunächst in der Periode der Wohlfahrtsstaatsexpansion von etwa 1960 bis 1980, die überwiegend durch den Ausbau von Programmen mit einkommensbezogenen Leistungen erfolgte (Olsson 1988, Parry 1986, Lampert und Althammer 2001), nachgelassen haben. Nach der Logik des Arguments von Korpi und Palme ist zu erwarten, dass in der folgenden Periode der Begrenzung von Sozialausgaben (vor allem in Großbritannien und Schweden) Einsparungen zunächst bei den Politiken mit der schwächsten politischen

Abbildung 7a

Entwicklung der Umverteilungseffizienz in Westdeutschland, dem Vereinigten Königreich und Schweden (basierend auf der Reduktion des Gini-Koeffizienten durch Transfers)

1969–2000



Quellen: Eigene Berechnungen mit Daten der LIS; Comparative Welfare States Data Set; OECD (2001: 67).

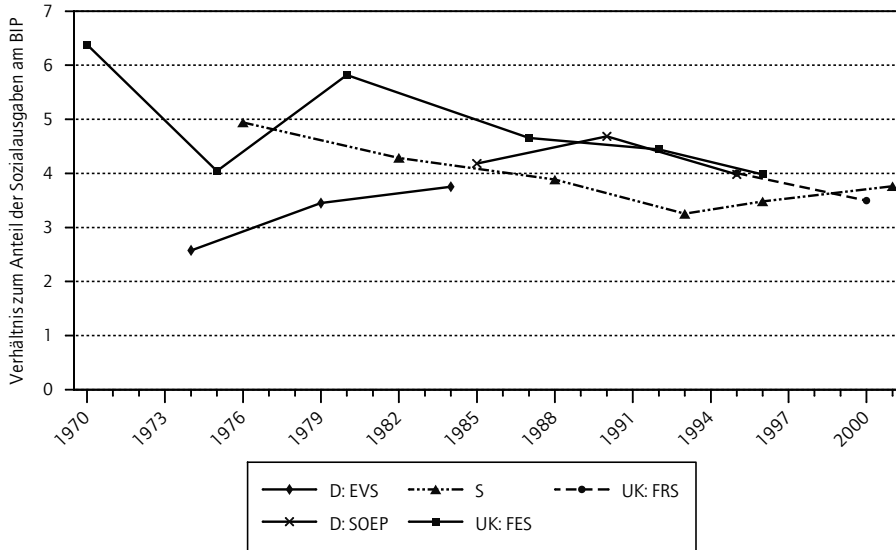
Unterstützung, also bedarfsgeprüften Programmen, vorgenommen wurden, so dass die Umverteilungseffizienz weiter abgenommen haben sollte. In diesem Abschnitt soll geprüft werden, ob diese Erwartung Bestätigung findet, wenn alternative Maße für die Umverteilungseffizienz berechnet werden.

Bezieht man den Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt auf die durch Transfers erzielte Reduktion der Einkommensgleichheit, erhält man ein Maß für die Effizienz des Transfersystems. Zu bedenken ist dabei, dass – wie erwähnt – der Gini-Koeffizient vor allem auf Veränderungen in der Mitte der Verteilung reagiert, während z.B. das Atkinson-Maß sensibel gegenüber Veränderungen im unteren Bereich ist: Erzielt ein System Umverteilungseffekte vor allem im unteren Einkommensbereich, wird die Minderung des Atkinson-Koeffizienten daher im Vergleich zu Systemen, die vor allem im mittleren Bereich umverteilen, stark und damit die Effizienz hoch sein, nach Maßgabe der Reduktion des Gini-Koeffizienten wird es umgekehrt sein. Insofern ist nach Korpi und Palmes Überlegungen zu erwarten, dass Grundsicherungssysteme bei Verwendung des Atkinson-Maßes eine hohe Effizienz aufweisen, während dies auch für „umfassende“ Systeme gelten könnte, wenn man den Gini-Index heranzieht. Abbildung 7a und b zeigen die Entwicklung beider Varianten. Für das auf dem Gini-Index beruhende Maß zeigt sich für alle drei Länder ein kurvilinearverlauf, d.h. zunächst eine Zunahme (am stärksten im Vereinigten Königreich, am schwächsten in Schweden), aber seit etwa Mitte der 80er Jahre (in Deutschland später) eine Abnahme, wobei in Deutschland der geringste Rückgang zu verzeichnen

Abbildung 7b

Entwicklung der Umverteilungseffizienz in Westdeutschland, dem Vereinigten Königreich und Schweden (basierend auf der Reduktion des Atkinson-Index durch Transfers)

1969–2000



Quellen: Eigene Berechnungen mit Daten der LIS; Comparative Welfare States Data Set; OECD (2001: 67).

war.⁶ Der Verlauf entspricht also nur bedingt den Erwartungen.⁷ Die Abnahme der Umverteilungswirkung der Transfersysteme (vgl. Kapitel 2.2.1.5) war aber, wie erwartet, von einem Verlust an *Effizienz* begleitet, so dass sie in Großbritannien und Schweden gegen Ende der Untersuchungsperiode geringer als zu Beginn war (wobei in Großbritannien freilich wieder eine Zunahme der Effizienz zu beobachten war). Insgesamt scheint (bei Zugrundelegung des Gini-Koeffizienten) die Umverteilungseffizienz in Schweden am größten zu sein, gefolgt von Großbritannien und Deutschland.

Nach dem auf dem Atkinson-Index beruhenden Maß weist das Vereinigte Königreich dagegen unabhängig von der Datenquelle für die Sozialausgaben die größte Umverteilungseffizienz auf. Die Rangfolge der beiden anderen Länder hat im Beobachtungszeitraum gewechselt: Zunächst belegte Schweden, dann Deutschland den zweiten Platz. Wie erwartet, ist das britische System also vor allem bezüglich der Umverteilung im unteren Einkommensbereich effizient, das schwedische bezüglich der Nivellierung in der Mitte der Vertei-

⁶ Zugrunde gelegt wurden die Gini-Koeffizienten für das Markteinkommen bzw. das Markteinkommen zuzüglich öffentlicher Transfers aus der LIS sowie der Anteil der Sozialausgaben am BIP nach Definition der OECD (entnommen aus „Comparative Welfare States Data Set“, vgl. Huber, Ragin und Stephens 1997 sowie OECD 2001: 67).

⁷ Die Ergebnisse sind aber sehr sensibel für die gewählte Datenbasis: Bei ähnlicher Entwicklung im Zeitverlauf ergibt sich ein völlig anderes Ranking der Länder, wenn man statt der Daten der OECD zu den Sozialausgaben diejenigen der ILO heranzieht, die neben monetären Transfers auch Sachleistungen (die nicht zu den erhobenen Einkommensbestandteilen gehören) enthalten: Großbritannien belegt nun den Spitzenplatz, gefolgt von Schweden und Deutschland.

lung. Im Zeitverlauf zeigen sowohl Großbritannien als auch Schweden bis Anfang der 90er Jahre wie erwartet eine langfristig abnehmende Tendenz, allerdings gefolgt von einer leichten Zunahme in Schweden. In Deutschland nahm dagegen die Effizienz bis Ende der 80er Jahre zu (bis 1994 nahm sie dann etwas ab). Im Mittel der Beobachtungen von 1969 bis 1983 war mit jedem Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), das für Sozialausgaben verwendet wurde, in Großbritannien eine Reduktion des Atkinson-Index um 3,6 % verbunden, in Schweden und Deutschland eine Abnahme um 2,7 beziehungsweise 2,4 Prozentpunkte; im Durchschnitt der Jahre 1984 bis 2000 waren es 3,3 % (Großbritannien), 2,2 % (Schweden) und 2,9 % (Deutschland).

Das bisher verwendete Effizienzmaß bezog sich nur auf die Differenz von Markteinkommen und Einkommen nach Transfers, aber vor Steuern – Rückflüsse über die Besteuerung von Sozialleistungen blieben unberücksichtigt. Alternativ kann man die Sozialausgaben nach Abzug von Steuern auf Transfers („net cash public social expenditure“, d.h. Sozialleistungsquote nach Abzug direkter Steuern auf Sozialleistungen) auf die Differenz von Markteinkommen und verfügbarem Einkommen (also nach Transfers *und* Steuern) beziehen. Derartige Netto-Sozialleistungsquoten liegen allerdings nur für wenige Jahre vor. Für Mitte der 90er Jahre wurde auf ihrer Basis die pro eingesetztem Prozent des BIP erzielte Umverteilungswirkung berechnet, mit folgendem Ergebnis: In Schweden betrug die proportionale Reduktion des Gini-Koeffizienten pro aufgewendetem Prozent des BIP 1,6 %, gefolgt vom Vereinigten Königreich mit 1,3 % und Westdeutschland mit 1,2 %, Schweden führt also auch nach diesem Maß, Deutschland nimmt aber mit geringem Abstand zu Großbritannien den letzten Platz ein.⁸ Bei Verwendung der Reduktion des Atkinson-Maßes im Zähler ergibt sich – wie erwartet – eine andere Reihenfolge: Großbritannien (2,7 %) vor Schweden (2,5 %) und Deutschland (2,4 %).

Insgesamt unterstützen die vorgelegten Berechnungen also die These des „Umverteilungsparadoxes“ weniger eindeutig als die bisher vorliegenden Befunde, insofern die Rangfolge der untersuchten Systeme bezüglich der Umverteilungseffizienz von der Gewichtung unterschiedlicher Regionen der Einkommensverteilung abhängt. Allerdings entsprechen die Unterschiede der Rangordnungen den Erwartungen. Zudem ergaben sich einige Hinweise darauf, dass die Expansion der sozialen Sicherungssysteme in den 60er und 70er Jahren unerwarteterweise *nicht* von einer sinkenden Umverteilungseffizienz begleitet war, was möglicherweise auf zunehmende Umverteilungseffekte im mittleren Einkommensbereich zurückzuführen ist. Insgesamt besteht daher kein Anlass, Korpis und Palmes Vermutung grundsätzlich in Frage zu stellen, da eine Generalisierung der Befunde für gerade drei Länder gewagt wäre.

⁸ Die Daten bezogen sich auf 1994 (Westdeutschland, als Wert für die Netto-Sozialleistungsquote wurde das Mittel der Jahre 1993 und 1995 verwendet) bzw. 1995 (Großbritannien, Schweden); die Werte wurden Adema (2001: 39, 41) entnommen.

4 Diskussion

4.1 Zusammenfassung der Ergebnisse

Anfangs war vermutet worden, dass Schweden als „sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaat“ die höchste Umverteilungswirkung erzielt, gefolgt vom „liberalen“ britischen Regime und dem „konservativen Wohlfahrtsstaat“ Deutschland, wobei die resultierende Verteilung der verfügbaren Einkommen in Schweden die geringste Spreizung aufweist (a). Zudem wurde spekuliert, dass die Entwicklung der Umverteilungswirkung der sozialen Sicherungssysteme bei Betrachtung üblicher Ungleichheitsmaße möglicherweise durch demographische Veränderungen verzerrt wird (b). Mit Korpi und Palme sowie Esping-Andersen wurde des Weiteren angenommen, dass Großbritannien die höchste Umverteilungseffizienz aufweist, gefolgt von Schweden und Deutschland (c). Nach den zunächst präsentierten Zeitreihen zur Entwicklung der Einkommensungleichheit wies in Übereinstimmung mit (a) Schweden sowohl bei der jeweils gegebenen Bevölkerungsstruktur als auch nach Maßgabe der vorgelegten neuen Datenreihen, bei deren Berechnung sie in relevanter Hinsicht konstant gehalten wurde, durchgängig die niedrigste Einkommensspreizung auf. Kompositionseffekte waren gleichwohl nicht trivialer Natur (insofern ist Vermutung (b) nicht völlig zurückzuweisen). Im zweiten Schritt wurden spezifischere Maße für den Effekt von Transfersystemen vorgelegt. Diese bestätigen Hypothese (a) ebenfalls bedingt, insofern Schweden nach diesem Kriterium die höchste Umverteilungsleistung aufweist, eine klare Rangfolge zwischen den beiden anderen Ländern aber nicht auszumachen ist. Die im dritten Schritt vorgestellten neuen Ergebnisse zur Umverteilungseffizienz waren zwar etwas weniger eindeutig als die in der Literatur berichteten Befunde, unterstützten die These von Korpi und Palme jedoch ebenfalls überwiegend (c).

4.2 Ausblick

Abschließend soll eine knappe Einschätzung der künftigen Entwicklung von Umverteilungspolitik in westlichen Industrieländern vorgenommen werden. Ein plausibler Ausgangspunkt ist die Annahme, dass die für Umverteilungszwecke verfügbaren Ressourcen aufgrund des durch die Globalisierung bedingten internationalen Wettbewerbs um niedrige Steuerquoten (Ganghof 2005) sinken werden oder zumindest nicht gesteigert werden können. Aufgrund derselben Entwicklungen wird auch die Ungleichheit der primären Einkommensverteilung zunehmen (Argumente und Belege für diese Annahme finden sich unter anderem bei Bradley et al. 2003, Alderson und Nielsen 2003 sowie Mahler 2004), so dass sich die Spreizung der verfügbaren Einkommen nur über eine Steigerung der Transfereffizienz stabil halten lässt. Da aber die überwiegende Evidenz die These des Umverteilungsparadoxes stützt, wären dann eine Abnahme der politischen Unterstützung für Umverteilung und daher ein absinkendes Transfervolumen sowie ein Rückgang der *effektiven* Umverteilung zu erwarten. Unabhängig hiervon dürfte die Unterstützung für Umverteilung bei den Beziehern mittlerer und höherer Einkommen, deren Markteinkommen im Steigen begriffen sind, nachlassen, da die Generosität der Sozialleistungen fortlaufend erhöht werden müsste, um die Attraktivität der Programme für diese Gruppen zu erhalten. Insgesamt spricht also vieles für die Vermutung, dass a) in jedem Fall die Umverteilungswirkung der sozialen Sicherungssysteme nachlassen wird, b) die Unterstützung für staatliche Redistribution bei den Mittelschichten erodieren wird. Daher verdient die Frage, ob

dennoch Effizienzsteigerungen möglich sind, ohne die Legitimität von Umverteilungspolitiken zu unterminieren, stärkere Aufmerksamkeit.

Literaturverzeichnis

- Adema, Willem (2001): *Net Social Expenditure*. 2nd Edition. Labour Market and Social Policy Occasional Papers. 52. OECD, Paris.
- Alderson, Arthur S. und Francois Nielsen (2003): Globalisierung und die große Kehrtwende: Entwicklung der Einkommensungleichheit in 16 OECD-Staaten. In: Walter Müller und Stefani Scheerer (Hrsg.): *Mehr Risiken – Mehr Ungleichheit? Abbau von Wohlfahrtsstaat, Flexibilisierung von Arbeit und die Folgen*. Frankfurt a.M., 323–362.
- Atkinson, Anthony B., Lee Rainwater und Timothy M. Smeeding (1995): *Income Distribution in OECD Countries*. Evidence from the Luxembourg Income Study. OECD, Paris.
- Becker, Irene und Richard Hauser (2003): *Anatomie der Einkommensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1969–1998*. Berlin, Edition Sigma.
- Birkel, Christoph (2004): Zur langfristigen Entwicklung von Einkommensungleichheit, Armut und Umverteilungseffizienz in Westdeutschland, dem Vereinigten Königreich und Schweden. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Der Hallesche Graureiher 2004, 2004-6, Halle.
- Björklund, Anders (1998): Income Distribution in Sweden: What is the Achievement of the Welfare State? *Swedish Economic Policy Review*, 5, 39–80.
- Björklund, Anders und Mårten Palme (2000): The Evolution of Income Inequality During the Rise of the Swedish Welfare State 1951 to 1973. Institute for Social Research and Stockholm School of Economics, Stockholm.
- Bradley, David, Evelyne Huber, Stephanie Moller, Francois Nielsen und John D. Stephens (2003): Distribution and Redistribution in Postindustrial Democracies. *World Politics*, 55 (2), 193–228.
- Esping-Andersen, Gösta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge, Polity Press.
- Esping-Andersen, Gösta (1999): *Social Foundations of Postindustrial Economies*. Oxford, Oxford University Press.
- Figini, Paolo (1998): *Inequality Measures, Equivalence Scales and Adjustment for Household Size and Composition*. Luxembourg Income Study Working Papers Series. 185. Syracuse University. Syracuse, New York.
- Ganghof, Steffen (2005): Globalization, Tax Reform Ideals and Social Policy Financing. *Global Social Policy*, 5 (1), 77–95.
- Gardiner, Karen (1997): A Survey of Income Inequality over the Last Twenty Years – How Does the UK Compare? In: Peter Gottschalk, Björn Gustafsson und Edwin Palmer (Hrsg.): *Changing Patterns in the Distribution of Economic Welfare*. Cambridge, MA, 36–59.
- Garfinkel, Irwin, Lee Rainwater und Timothy M. Smeeding (2004): *Welfare State Expenditures and the Redistribution of Well-Being: Children, Elders, and Others in Comparative Perspective*. Luxembourg Income Study Working Papers Series. 387. Syracuse University, Syracuse, New York.
- Goodman, Alissa und Andrew Shephard (2002): *Inequality and Living Standards in Great Britain: Some Facts*. Institute for Fiscal Studies, London.

- Gottschalk, Peter und Timothy M. Smeeding (2000): Empirical Evidence on Inequality in Industrialized Countries. In: Anthony B. Atkinson und Francois Bourguignon (Hrsg.): *Handbook of Income Distribution*. Bd.1. Amsterdam, 261–307.
- Guger, Alois (1989): *The Distribution of Household Income in Germany*. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien.
- Gustafsson, Björn und Mats Johansson (1999): In Search of Smoking Guns: What Makes Income Inequality Vary over Time in Different Countries? *American Sociological Review*, 64 (4), 585–605.
- Hauser, Richard und Irene Becker (1998): Die langfristige Entwicklung der personellen Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Heinz P. Galler und Gert Wagner (Hrsg.): *Empirische Forschung und wirtschaftspolitische Beratung*. Frankfurt a.M., New York, 119–134.
- Hauser, Richard und Irene Becker (2001): Forschungsprojekt Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973–1998. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn.
- Huber, Evelyne und John D. Stephens (2001): *Development and Crisis of the Welfare State. Parties and Policies in Global Markets*. Chicago, The University of Chicago Press.
- Huber, Evelyne, Charles Ragin und John D. Stephens (1997): *Comparative Welfare States Data Set*. Northwestern University und University of North Carolina.
- Jenkins, Stephen P. (1995): Accounting for Inequality Trends: Decomposition Analyses for the UK, 1971–1986. *Economica*, 62 (245), 29–63.
- Kangas, Olli und Veli-Matti Ritakallio (1999): Social Policy or Structure? Income Transfers, Socio-Demographic Factors and Poverty in the Nordic Countries and France. In: P. Abrahamson, D. Blanchet, A. Hatland et al. (Hrsg.): *Comparing Social Welfare Systems in Nordic Europe and France*. Bd. 4. Paris, 513–540.
- Korpi, Walter und Joakim Palme (1998): The Paradox of Redistribution and Strategies of Equality: Welfare State Institutions, Inequality, and Poverty in the Western Countries. *American Sociological Review*, 63 (5), 661–687.
- Lampert, Heinz und Jörg Althammer (2001): *Lehrbuch der Sozialpolitik*. 6. Aufl. Berlin, Springer.
- Luxembourg Income Study (LIS) (2004): *LIS Key Figures*. Download unter: www.lisproject.org/keyfigures.htm (Stand 08.03.2004).
- Mahler, Vincent A. (2004): Economic Globalization, Domestic Politics, and Income Inequality in the Developed Countries. *Comparative Political Studies*, 37 (9), 1025–1053.
- Mahler, Vincent A. und David K. Jesuit (2004): *State Redistribution in Comparative Perspective: A Cross-National Analysis of the Developed Countries*. Luxembourg Income Study Working Papers. 392. Syracuse University, Syracuse, New York.
- Mitchell, Deborah (1991): *Income Transfers in Ten Welfare States*. Aldershot, Avebury.
- OECD (2001): *OECD Historical Statistics 1970–2000*. OECD, Paris.
- Olsson, Sven (1988): Sweden. In: Peter Flora (Hrsg.): *Growth to Limits. The Western Welfare States Since World War II*. Bd. 1. Berlin, 11–16.
- Parry, Richard (1986): United Kingdom. In: Peter Flora (Hrsg.): *Growth to Limits. The Western Welfare States Since World War II*. Bd. 2. Berlin, 155–240.
- Royal Commission on the Distribution of Income and Wealth (1979): *Report No. 7: Fourth Report on the Standing Reference*. HMSO, London.
- SCB (2002): *Inkömstfördelningsundersökningen 2000*. SCB, Stockholm.

- Smeeding, Timothy (2002): *The LIS/LES Project: Overview and Recent Developments*. Luxembourg Income Study Working Papers Series. 294. Syracuse University, Syracuse, New York.
- Spänt, Roland (o. J.): The Distribution of Income in Sweden, 1920–1976. In: N. Anders Klevmarken und Johan A. Lybeck (Hrsg.): *The Statics and Dynamics of Income*. Cleveland, 37–54.

Anhang

Tabelle A1a

Datenquellen für Westdeutschland

Zeitraum	1950–1985	1969–1998	1984–2000
Reihe	Synthetischer Index des DIW	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)	SOEP
Quelle	Guger (1989); Primärquelle: DIW	Hauser und Becker (1998); Hauser und Becker (2001); LIS; Primärquelle: Statistisches Bundesamt	LIS; Primärquelle: DIW
Datentyp	Synthetischer Index	Repräsentative Bevölkerungsumfrage	Repräsentative Bevölkerungsumfrage (Panel)
Einkommensdefinition	Verfügbares Einkommen (Markteinkommen + Transfers – direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge)	Verfügbares Nettoäquivalenzeinkommen (Markteinkommen einschließlich hypoth. Mieten für selbstgenutztes Wohneigentum + Transfers – direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge)	Verfügbares Nettoäquivalenzeinkommen (Markteinkommen einschließlich hypoth. Mieten für selbstgenutztes Wohneigentum + Transfers – direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge)
Referenzperiode	1 Jahr	1 Jahr	1 Jahr
Einkommens- und Konsumeinheit	Haushalt	Haushalt	Haushalt
Äquivalenzgewichtung	Keine	Alte OECD-Skala (Hauser und Becker); Quadratwurzel der Anzahl der Haushaltsmitglieder (LIS)	Quadratwurzel der Anzahl der Haushaltsmitglieder
Besonderheiten		Nur deutsche Haushalte; Untererfassung hoher Einkommen wegen Abschneidegrenze	Starke Untererfassung hoher Einkommen; Transfers simuliert

Tabelle A1b

Datenquellen für Großbritannien

Zeitraum	1949–1976	1961–2000
Reihe	Blue Book	IFS, FES, FRS
Quelle	Royal Commission on the Distribution of Income and Wealth (1979).	Goodman und Shephard (2002); LIS; Primärquelle: Office for National Statistics.
Datentyp	Synthetischer Index	Repräsentative Bevölkerungsumfragen (Family Expenditure Survey (FES), Family Resources Survey (FRS)), bei IFS zu einer Reihe zusammengefasst
Einkommensdefinition	Einkommen (einschl. Transfers) nach Einkommenssteuer	Äquivalenzgewichtetes verfügbares Haushaltseinkommen nach direkten Steuern und Sozialabgaben und Abzug von Wohnkosten
Referenzperiode	1 Jahr	2 Wochen
Einkommens- und Konsumeinheit	Steuereinheit (alleinstehende Person oder Ehepaar)	Haushalt
Äquivalenzgewichtung	Keine	McClelland-Skala (IFS); Quadratwurzel der Anzahl der Haushaltsmitglieder (LIS)
Besonderheiten	Bestimmte steuerliche abzugsfähige Einkommensbestandteile nicht erfasst	Korrektur für Untererfassung hoher Einkommen auf Grundlage von Steuerstatistiken

Tabelle A1c

Datenquellen für Schweden

Zeitraum	1951–1976	1975–2000
Reihe	Steuerstatistik	Income Distribution Survey (IDS)
Quelle	Spänt (o. J.)	SCB (2002); LIS
Datentyp	Steuerstatistik	Repräsentative Bevölkerungsumfrage, verknüpft mit Einkommensregister
Einkommensdefinition	Steuerpflichtiges Einkommen	Äquivalenzgewichtetes verfügbares Einkommen
Referenzperiode	1 Jahr	1 Jahr
Einkommens- und Konsumeinheit	Steuerpflichtige Person ab 20 Jahre	Familie (zwei Erwachsene und minderjährige Kinder)
Äquivalenzgewichtung	Keine	Auf Grundlage von Sozialhilfesätzen (SCB); Quadratwurzel der Anzahl der Haushaltsmitglieder (LIS)
Besonderheiten	Bestimmte steuerliche abzugsfähige Einkommensbestandteile nicht erfasst	Keine Korrektur für Eigenheimbesitz; bei Eltern lebende erwachsene Kinder gelten als eigene „Familien“; Bruch wegen Änderung der Einkommensdefinition 1989/90